

Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 20.03.2025
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, WittasträÙe 5, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Lothar Seitz
Frau Michaela Birnbaum
Herr Sahin Cenik
Herr Thomas Daube
Frau Barbara Eckhardt
Herr Gerhard Finke
Herr Dr. Thomas Handke
Herr Werner Herbert
Herr Timo Kirsch
Frau Amy Petzel
Herr Uwe Seitz
Herr Karsten Vollmar
Herr Bernd Wennemuth
Frau Heike Busse
Herr Sebastian Liebau
Herr Andreas Rey
Herr Jan-Ulrich Saal
Herr Thomas Schaffert
Frau Silvia Schoenemann
Herr Jonas Seitz
Herr Frank Berg
Herr Bernd Böhle
Herr Rolf Malachowski
Herr Dieter Göbel
Herr Karl-Heinz Hüter
Herr Thomas Bös
Herr Klaus-Dieter Stahr-Zimmermann
Frau Andrea Zietz
Herr Michael Barth
Herr Jürgen Richter
Herr Noah Seitz
Herr Johannes Vierheller
Herr Hasan Sekerci

vom Magistrat

Frau Anke Hofmann
Herr Gunter Grimm
Herr Marc Eidam
Herr Günter Exner
Frau Antje Fey-Spengler
Herr Dr. Rolf Göbel
Herr Dirk Siebert
Frau Ayse Gül Tas-Dogan
Herr Hans Georg Vierheller

Entschuldigt:

Mitglieder

Herr Lars Olaf Ullrich
Frau Alexandra Weirich
Herr Björn Diegel
Herr Hans-Jürgen Schülbe
Frau Doris Hoffmann
Herr Armin Leckel

Tagesordnung:

- 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 06.02.2024**
- 4. Fragestunde**
- 5. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**
- 6. Abbau des bestehenden Liquiditätskredits**
1250/20
- 7. Statusberichte Investitionsprojekte Stand Februar 2025**
1237/20
- 8. Erlass einer Katzenschutzverordnung zur Einführung einer Kennzeichnungs-, Registrier- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen**
1216/20/1

9. **Entwurfsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 3.5 "Einzelhandel Homberger Straße" - Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB**
1231/20
10. **Beschluss eines neuen Rahmenvertrages mit der HLG**
1243/20
11. **Änderung der Zusammensetzung der Integrationskommission sowie Nachwahl von sachkundigen Bürgern**
1236/20

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Seitz eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und stellt Beschlussfähigkeit sowie den ordentlichen Zugang der Ladung fest. Die Stadtverordneten Ullrich, Weirich, Diegel, Schülbe, Stahr-Zimmermann und Leckel sind entschuldigt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Der Ältestenrat empfiehlt, lediglich den TOP 6 mit Aussprache zu beraten.

Der Tagesordnungspunkt 10 wird mit einer längeren Ausführung erklärt werden.

Weitere Einwendungen liegen nicht vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

zu 3 Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 06.02.2024

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift ist somit festgestellt.

zu 4 Fragestunde

Keine Wortmeldungen.

zu 5 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Keine Mitteilungen.

zu 6 Abbau des bestehenden Liquiditätskredits 1250/20

Herr Vollmar berichtet von den Ergebnissen aus der Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.03.2025.

Anschließend ergreift er das Wort als Fraktionsvorsitzender und gibt wieder, dass es zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushalts und der Haushaltseinbringung am 16.12.2024 keine Kenntnis über einen Liquiditätskredit gab. Darüber hatte man erst am 18.01.2025 Kenntnis erlangt. Er gibt an, dass die Stadt ein großes Ausgabeproblem hat und eine Grundsteuererhöhung den Bürger nur neuen Belastungen aussetzen würde. Durch den beschlossenen Hebesatz von 410 v. H. erzielt man bereits ein Plus von 1,25 Mio. € im Haushalt.

Stadtverordneter Rey führt aus, dass man eine Mehrbelastung der Bürger durch eine Grundsteuererhöhung nicht möchte. Es sollte die Entwicklung des Haushalts im laufenden Jahr beobachtet werden, damit man praxisnahe Zahlen berücksichtigen kann. Zu gegebener Zeit wird man Vorschläge unterbreiten und wünscht sich in Zukunft eine bessere und rechtzeitige Abstimmung der Verwaltung mit der Kommunalaufsicht.

Stadtverordnete Zietz berichtet, dass man von der Verwaltung in Sondersitzungen und mit Risikoberichten über alle Zahlen aufgeklärt wurde. Die Bürgermeisterin habe bereits vor einem Haushaltsloch gewarnt. Sie gibt an, dass spätestens bis zum Sommer ein Fahrplan zum Abbau des Liquiditätskredits feststehen sollte.

Stadtverordneter Richter erklärt, dass man Einnahmen benötigt, und diese im Wesentlichen über die Grund- u. Gewerbesteuer erzielt werden. Bei Einsparungen bei den Ausgaben sollten auch die zukünftigen Festspiele berücksichtigt werden. Er kritisiert, dass in der Vorlage keine Angaben zur finanziellen Auswirkung gemacht werden. Anschließend gibt er wieder, dass die Verwaltung in diesem Verfahren transparent gearbeitet hat.

Stadtverordneter Göbel führt aus, dass eine wesentliche Erhöhung der Einnahmen nur mit einer wesentlichen Erhöhung der Grundsteuer erreicht wird. Auch kritisiert er, dass keine Angaben in der Vorlage zur Finanzierung des Kreditabbaus gemacht wurden.

Stadtverordneter Böhle bestätigt ebenfalls, dass die Verwaltung transparent arbeitet. Er beanstandet, dass der Puffer bei der Kreis- u. Schulumlage (ca. 250.000 €) gestrichen wurde und keine Maßnahmen zur Gewinnerwirtschaftung in der Vorlage angegeben sind. Es wird ausgeführt, dass ein hoher Gewinn (2,6 Mio. €) nur mit der Erhöhung der Grund- u. Gewerbesteuer erzielt werden kann, da auch bereits viele Streichungen bei den Ausgaben vorgenommen wurden.

Stadtverordneter Berg merkt an, dass es im Herbst 2024 eine Präsentation von der Verwaltung, über die Haushaltslage und die Einbringung der Grundsteuer gegeben hatte. Das eine Erhöhung der Grundsteuer aufgrund der Abschaffung der Straßenbeiträge notwendig wird, wird von ihm ausgeführt.

Stadtverordneter Finke gibt an, dass das Problem nicht mit einer Erhöhung der Grundsteuer zu lösen ist, da die Stadt ein Ausgabeproblem hat. Man gewinnt durch den Antrag Zeit und muss diese auch intensiv nutzen. Er kritisiert ebenfalls, dass es an rechtzeitiger Transparenz der Verwaltung bezüglich des Haushalts, der Finanzplanung und des Einspeisens in die jeweiligen Beratungen gefehlt hat.

Stadtverordneter Malachowski empfiehlt, dass man die Bürger über die Haushaltslage aufklären sollte und gibt ein Beispiel, dass der Bürger bei einem durchschnittlichen Messbetrag von 100 € und einem Hebesatz von 470 % nur ca. 60 € im Jahr mehr bezahlen würde.

Bürgermeisterin Hofmann führt aus, dass relevante Informationen umfassend und unverzüglich an die Fraktionsvorsitzenden und den Magistrat weitergegeben wurden. In einer Beschlussvorlage vom 23.10.2024 wurde bereits darauf hingewiesen, dass ein Liquiditätskredit (von 14 Mio. €) in Anspruch genommen wird. Der Haushaltsentwurf wurde nach Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung der Kommunalaufsicht zugesandt und man hat am 10.01.2025 vorgesprochen. Einen Abbaupfad hat man der Kommunalaufsicht vorgestellt und am 24.01.2025 im Haupt- und Finanzausschuss beschlossen. In einer Rückmeldung der Kommunalaufsicht (31.01.2025) wird kritisiert, dass ca. 90.000 € Mehraufwendungen ggü. dem eingebrachten Haushalt im freiwilligen Aufgabenbereich geplant seien. Die Verpflichtung zum Schuldenabbau wird als Auflage in die Haushaltsgenehmigung aufgenommen werden. Es sollten spätestens mit der Aufstellung des Haushalts 2026 konkrete Maßnahmen vorliegen. Das Ziel des Abbaupfades kann ausschließlich mit höheren Einnahmen oder geringeren Aufwendungen im Ergebnishaushalt erreicht werden. Sie berichtet anschließend über bereits vorliegende Zahlen.

- Gewerbesteuerrückzahlungen von ca. 3 Mio. €
- Eine evtl. Kreisumlagerhöhung und Lohnkostensteigerungen sind nicht im Haushalt einberechnet.
- Für 2025 sind im Ergebnishaushalt ca. 2 Mio. € für freiwillige Leistungen vorgesehen.
- Es sind zusätzlich 1,5 Mio. € für die Festspiele vorgesehen.
- Bereits vor Einbringung des Haushalts wurden 4,91 Mio. € Aufwendungen gekürzt.
- Darunter 1,8 Mio. € durch pauschale Kürzungen (15 %) aller Aufwendungen.

Beschluss:

Der im Sachverhalt dargestellte Abbaupfad des bestehenden Zahlungsmittelfehlbeitrages wird beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

zu 7 Statusberichte Investitionsprojekte Stand Februar 2025 1237/20

Beschluss:

Von den Statusberichten zu Investitionsprojekten Stand Februar 2025 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 8 Erlass einer Katzenschutzverordnung zur Einführung einer Kennzeichnungs-, Registrier- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen 1216/20/1

Beschluss:

Dem Erlass einer Katzenschutzverordnung zur Einführung einer Kennzeichnungs-, Registrier- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen im Gebiet der Kreisstadt Bad Hersfeld wird gemäß dem dieser Drucksache beigefügten Textvorschlag zugestimmt.

einstimmig beschlossen

zu 9 Entwurfsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 3.5 "Einzelhandel Homberger Straße" - Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a BauGB 1231/20

Beschluss:

Der vorliegende Entwurf des Bebauungsplans Nr. 3.5 „Einzelhandel Homberger Straße“ wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Veröffentlichung im Internet) und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie Nachbargemeinden) durchzuführen.

einstimmig beschlossen

zu 10 Beschluss eines neuen Rahmenvertrages mit der HLG 1243/20

Bürgermeisterin Hofmann erklärt, dass die Stadt die HLG zur Bodenbevorratung in Anspruch nimmt, um Bauprojekte umzusetzen. Ein neuer Rahmenvertrag soll geschlossen werden, da Aufgaben der einzelnen Positionen nicht klar geregelt waren und das Vertragsverhältnis im ursprünglichen Vertrag zwischen der Stadt und den Wirtschaftsbetrieben gleichwertig war.

Beschluss:

Die neue Rahmenvereinbarung wird beschlossen:

- Der Rahmenvertrag „Erschließung neuer Flächen“ wird zwischen Stadt und HLG geschlossen.
- Gewinne aus den Geschäftstätigkeiten mit der HLG fallen an die Stadt.

einstimmig beschlossen

**zu 11 Änderung der Zusammensetzung der Integrationskommission sowie
Nachwahl von sachkundigen Bürgern
1236/20**

Beschluss:

Die Zusammensetzung der Integrationskommission nach den im Sachverhalt genannten Vorgaben wird beschlossen.

Zur Besetzung der vom Magistrat nach § 72 HGO gebildeten Integrationskommission werden folgende sachkundige Einwohner nach § 55 HGO gewählt:

- Michaela Artmann, Community der Sinti & Roma
- Baris Güven, Community der Aleviten
- Oliver Willems, FSV Hohe Luft

einstimmig beschlossen

gez. Lothar Seitz
Stadtverordnetenvorsteher

gez. Steffen Siering
Protokollführer